Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Dezember 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Jochen Mitschka: Deutschland ist wieder wer**
- **Hannes Hofbauer: UN-Migrationspakt verwaltet weltweite Ungleichheit**
- **Fassadenkratzer: Weltmacht UNO: antidemokratische Rechtssetzung von oben**
- **Dietrich Murswiek: Wozu verpflichtet der UN-Migrationspakt?**
- **Norbert Häring: Erst will die Regierung den Migrationspakt annehmen und gleich darauf ein Einwanderungsgesetz, das ihm widerspricht**
- **Karin Leukefeld: Deutschland will einen "Platz an der Sonne"**
- **Michael Lüders: Über Saudi-Arabien und Kashoggi**
- **Michael Lüders im Interview zur Konfrontation zwischen Washington und Teheran (2 Teile)**
- **Daniel Steinvorth im Interview mit Antelak al-Mutawakel: Der Jemen-Krieg ist keine Naturkatastrophe, er ist menschengemacht.**
- **Michel Chossudovsky: Die Terrormacher**
- **Werner Meixner: Der Digital-Imperialismus**
- **Ruth von Doornik: Das Mieter-Syndikat entprivatisiert das Eigenheim**
- **Elke Schenk: Der Brexit: Wird Großbritannien wirklich die EU verlassen?**
- **Diana Johnstone: Die Gelbwesten**

Zitat des Monats von [Julian Assange](#):

Wenn Kriege durch Lügen initiiert werden können,
dann kann Frieden durch die Wahrheit begonnen werden.

*In diesem Sinne wünscht die Redaktion
Ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches 2019.*

Editorial

Diese Ausgabe beginnt mit einem eindrucksvollen **persönlichen Bericht** über den eigenen Vater, der aus seiner Kriegserfahrung heraus zum entschiedenen Pazifisten und Gegner der heute vorherrschenden Politik wurde.

Es folgt ein Schwerpunktthema **Migrationspolitik**. In mehreren Beiträgen werden verschiedene Aspekte beleuchtet: Die Verletzung der Würde von Menschen, die zur Migration ermutigt oder ökonomisch gezwungen werden, die Gefährdung der Entwicklungschancen in den Herkunftsländern, die Gefährdung der Sozialsysteme in den Zielländern, der Abbau von Rechtsstaatlichkeit durch die Ausweitung von "Menschenrechten" – das sind wichtige Stichworte in diesen Beiträgen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der **Nahe Osten**. Kenntnisreich und empathisch wie immer berichtet Karin Leukefeld über **Syrien**. Michael Lüders informiert uns über **Saudi-Arabien** und dessen Verbindungen zur US-Politik, deren Folgen in einem persönlichen Aufruf einer Menschenrechtlerin aus dem **Jemen** deutlich werden. An das skrupellose Vorgehen der US-Kriegspolitik in Afghanistan erinnert Michel Chossudovsky.

Einen erschreckenden Ausblick auf die bereits bestehende und geplante **digitale Überwachungspraxis** gibt Werner Meixner.

Ermutigend ist dagegen das Beispiel eines Mieter-Syndikats, mit dem versucht wird, das **Wohnraumproblem** auf eine neue Art genossenschaftlich zu lösen. Abschließend werden sehr informativ die massiven Behinderungen des demokratisch beschlossenen **Brexits** durch die EU und die Hintergründe und Motive der **Gelb-Westen-Bewegung** in Frankreich dargestellt. Deren politische Forderungen (Manifest) werden ebenfalls verlinkt.

[Inhalt](#) ↑

• Jochen Mitschka: **Deutschland ist wieder wer**

Die Reden deutscher Politiker, Deutschland solle wieder wer sein, erinnern den Autor an seinen Vater, der unter kriegsbedingten Verletzungen bis zu seinem Tode litt. Der Vater konnte aufgrund seiner Kriegserfahrungen keine Cowboy-Pistole für den Karneval dulden und sagte seinem Sohn: "[Du hast keine Ahnung, fasse nie eine Waffe an, nie](#). Du wirst dich sonst eines Tages verfluchen, was du mit ihr getan hast." Der Vater konnte auch keine Bemerkungen über böse Russen hören; er sagte voraus, dass die Wiederbewaffnung Deutschlands wieder zu einem Krieg führen werde.

Solche Zeitzeugen sterben aus, daher wird die Erinnerung an die Schrecken des Krieges verblassen und die Kriegswahrscheinlichkeit steigen. Jochen Mitschka selbst, der ja einen warnenden Vater hatte, wurde Bundeswehrsoldat mit der Überzeugung, dass fast kein deutscher Soldat bereit wäre, einen Angriffskrieg zu führen.

Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien machte ihn zum Pazifisten, der seine Wirkung aufgrund von verschwindender Moral und Ethik schwinden sieht. Heute muss Mitschka erkennen, dass es kein Recht außer der militärischen Stärke gibt. Völkerrecht wird nur noch vorgegaukelt. Die UNO verbreitet Lügen und Halbwahrheiten, um Kriege legitimieren zu können.

Deutschland wurde zum größten US-Flugzeugträger gemacht. Deutschlands Soldaten werden heute nicht mehr ausgebildet, um den Krieg zu verhindern, sondern um ihn zwecks Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen zu führen. Die Propaganda, um uns auf den gleichen

Pfad der Gewalt und des Krieges zu führen wie unsere Väter, wäre vor 25 Jahren undenkbar gewesen. Unser Grundgesetz ist längst ausgehöhlt. Es dient nur noch den Herrschenden, seit eine Harmonisierung mit EU-Recht vorgenommen wurde.

Das wird erst beendet sein, wenn wir, die Untertanen, begreifen, dass der eigentliche Kampf nichts mit politischen Richtungen, Rassen, Nationen, Religionen oder Regionen zu tun hat, sondern mit dem Kampf OBEN gegen UNTEN. Dazu brauchen wir die Macht, Entscheidungen der Politik in direkter Demokratie zu bestimmen, also auch über einen Kriegseinsatz. Wir brauchen eine wehrhafte Neutralität. Wir müssen raus aus der NATO und eine neue Verteidigungsstrategie aufbauen, die einen Angreifer empfindlich trifft, ohne seine Bürger zu töten. Wir brauchen wieder wehrpflichtige Bürger in Uniform. Es muss eine Neutralitätspflicht der Medien durchgesetzt werden. Die Politik muss gegen Erpressung immunisiert werden.

[Jochen Mitschka](#), Jg. 1952, 2009 Rückkehr aus Asien, Gründer der Piratenpartei, Übersetzer, Autor mit verschiedenen Pseudonymen, Artikel und Bücher über Südostasien, Demokratie, Medien und internationale Krisen: ... was man in deutschsprachigen Medien meist vergeblich sucht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hannes Hofbauer: **UN-Migrationspakt verwaltet weltweite Ungleichheit**

[Hannes Hofbauer analysiert den UN-Migrationspakt](#) mit folgendem Ergebnis:

Abgesehen von Personen oder Unternehmen, die auf billige Arbeitskräfte warten, gibt es keine Profiteure. Die vielen formulierten Pflichten widersprechen der Aussage, der Pakt bekräftige die Souveränität der Staaten. Die von Migranten in die Herkunftsländer überwiesenen Gelder reduzieren die Abhängigkeit dieser Länder von den reichen Ländern nicht, vielmehr, schwäche die dadurch bedingte Aufwertung von deren Währung ihre Chancen auf dem Weltmarkt.

Hofbauer vermisst insbesondere, dass der Pakt auch die Ursachen der Migration anspricht. Dazu zähle z.B. auch die Erlaubnis, Schutzzölle seitens der ärmeren Volkswirtschaften vorzusehen, statt am Freihandel festzuhalten. Hofbauer stimmt dem Mexikaner Raul Delgado Wise zu, der sagt: "Wenn man sich die Daten ansieht, ist Migration eine Subventionierung des Nordens durch den Süden."

"Migration darf und muss kritisch diskutiert, ihre Gewinner und Verlierer benannt werden."

Auch in seinem Buch "Kritik der Migration" macht Hofbauer klar, dass [die Migranten nicht die Schuldigen sondern die Opfer](#) sind. Die Kritik an der Migration bedeute, die ungleiche Welt und die Ursachen für ihren Zustand zu kritisieren.

[Hannes Hofbauer](#), Jg. 1955, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte und arbeitet als Publizist und Verleger. Autor kritischer Bücher u.a. zum Balkankrieg, zur EU-Osterweiterung, zum Einfluss des Kapitals, zum Feindbild Russland. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Fassadenkratzer: **Weltmacht UNO: antidemokratische Rechtssetzung von oben**

Die [UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinanz auf](#). Mittels Erklärungen und "unverbindlicher" Soft-Law-Abkommen werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem neu geschaffenen "Völkerrecht" nicht entspricht. Mit dem UN-Migrationspakt wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird somit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zugunsten einer sich den Staaten überordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt. In der Demokratie geht aber das Recht von unten,

von den einzelnen Menschen und in ihrer Gesamtheit vom "sich selbst bestimmenden" Volk aus und bindet Exekutive und Judikative.

Von der UNO wurde aber schon früh eine zunehmende Praxis eingeleitet, individuelle Rechte des Menschen über das Völkerrecht gleichsam von oben zu initiieren. Verbindlichkeit erlangen sie nur, wenn und insoweit sie durch die Parlamente einzelner, vieler oder aller Staaten in das jeweilige nationale Recht eingegliedert werden. Aber über das Instrument des "Soft Law" werden individuelle Rechtsstandards als Ziele vorgegeben. Je mehr Staaten diese Standards über längere Zeit praktizieren, desto sicherer werden sie von Gerichten allmählich als Völkergewohnheitsrechte gewertet, die für alle Staaten, auch für die Nichtunterzeichner gelten.

Das eindrücklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtserklärung. Sie wird heute als zwingendes Recht angesehen. Daher wurden Menschenrechte, die von den einzelnen Staaten für wesentlich erachtet wurden, in deren Verfassungen übernommen.

Der [UN-Migrationspakt](#) stellt sich in der Präambel auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, dass es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe. Damit baut sich ein fundamentaler Widerspruch zu den staatlichen, demokratisch beschlossenen Rechtsordnungen auf, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit abwenden sollen. Somit liegt solchen UN-Deklarationen "der Gedanke einer allmählichen rechtspolitischen Erziehung der Völker zugrunde, nicht aber deren jederzeitige demokratische Selbstbestimmung".

Damit "trägt der UN-Migrationspakt zum Abbau und zur Schwächung des demokratischen und rechtsstaatlichen Bewusstseins der Bevölkerung bei. Er schwächt und verunklart den demokratischen Selbstbestimmungsgedanken."

In unserem [Grundgesetz](#) wird in [Art. 25](#) ausdrücklich gesagt, dass die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts sind und für die Bewohner des Bundesgebietes unmittelbar Rechte und Pflichten erzeugen. (Red.)

[Herbert Ludwig](#), Jg. 1939, ausgebildeter Rechtspfleger, dann Studium von Pädagogik, Philosophie, Geschichte, Deutsch und Waldorfpädagogik; 27 Jahre Lehrer an Waldorfschule; sein Schwerpunktthema der inneren und äußeren Bedingungen der Entwicklung des Menschen zur Freiheit lässt ihn den Internet-Blog 'Fassadenkratzer' betreiben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Dietrich Murswiek: **Wozu verpflichtet der UN-Migrationspakt?**

Der Autor nimmt [eine Analyse des UN-Migrationspaktes auch aus völkerrechtlicher Sicht](#) vor, die besser vor der Bundestagsabstimmung vom 29.11.2018 vorausgegangen wäre. In dieser Abstimmung wurde ein Antrag verabschiedet, dass der Pakt nicht in deutsches Recht eingreifen darf.

Der UN-Migrationspakt ist kein völkerrechtlicher Vertrag. Aber er ist politisch verbindlich, d.h. Staaten, die sich nicht daran halten, können innen- wie außenpolitisch unter Druck kommen. Er enthält Regeln, die zunächst rechtlich unverbindlich sind, die aber im Laufe der Zeit zu verbindlichem Recht erstarken können – sei es über ein neu entstehendes Gewohnheitsrecht oder dadurch, dass Gerichte daraus eine rechtliche Verbindlichkeit herstellen.

Der [UN-Migrationspakt](#) gilt nur für Migranten, die nicht politisch verfolgt sind. Für Flüchtlinge wird es einen besonderen [UN-Flüchtlingspakt](#) geben, der auch schon im Entwurf vorliegt. Im UN-Migrationspakt wird davon ausgegangen, dass Migration "schon immer Teil der Menschheitsgeschichte war und Quelle des Wohlstands, der Innovation und nachhaltigen Entwicklung darstellt". Daher soll der Pakt die Migration auch erleichtern. Die negativen Folgen für die Herkunftsländer und die Aufnahmeländer werden nicht angesprochen. Wie die Ursachen für Migration überwunden werden können, wird nicht gesagt. Manche Ursachen wie schnell wachsende Bevölkerung *oder durch Krieg zerstörtes Land oder durch Verpachtung von Land entzogene Lebensgrundlage oder durch Leerfischen von Küstengewässern rund um Afrika oder*

durch Freihandelsverträge (Red.) werden gar nicht genannt. Es wird so getan, als bestünde die Lösung darin, die Migration reguliert zu erleichtern und sicher zu machen. Darüber werden vor allem die Sozialsysteme stark belastet.

Der Pakt legt nahe, dass weiterhin eine Angleichung der Sozialstandards in jedem einzelnen Land nach dessen ökonomischen Verhältnissen erfolgt. Von daher werden die riesigen Unterschiede in den Sozialsystemen der Staaten bestehen bleiben, auch wenn sie ein menschenwürdiges Existenzminimum wahren. Diese fördert die bestehende Migrationsbewegung.

Die früher selbstverständliche Erwartung an den Migranten, sich den Gebräuchen und Sitten des Ziellandes anzupassen, wird im Pakt auch von den Bewohnern des Ziellandes erwartet, indem sie die Gebräuche der Einwanderer respektieren und akzeptieren bzw. kulturelle Vielfalt leben. Auch illegale Migranten sollen integriert werden, daher wird auch nicht geregelt, wie Migranten ohne Bleiberecht zurückgeführt werden können.

Alle dem Pakt beitretenden Länder sind zugleich Herkunfts-, Transit- und Zielländer. Wenn nun die Übernahme der Verpflichtungen und die im Pakt betonte Souveränität der Staaten vereinbar sein sollen, dann kann die nationale Entscheidungsfähigkeit nur da gelten, wo sie nicht mit den Verpflichtungen kollidiert. Die Souveränität wird durch den Einfluss der treibenden Kräfte hinter dem Pakt, durch die alle zwei Jahre erfolgende Kontrolle der Umsetzung des Paktes und durch regionale Überprüfungen, die alle vier Jahre stattfinden sollen, erschwert. So wird die rechtliche Unverbindlichkeit ziemlich bedeutungslos.

Aus Sicht des UN-Generalsekretärs António Guterres werden die Probleme der illegalen Migration beseitigt, indem man die bisher illegale Einwanderung legalisiert. Das sei vorteilhaft für die Migranten, die nicht mehr "stigmatisiert" werden, und für die Aufnahmestaaten, die sich mit der Verhinderung der Immigration bisher wirtschaftlich selbst geschadet hätten, da sie verhindert haben, dass Migranten ihren Bedarf an Arbeitskräften abdecken konnten. Das sei die Intention derer, die diesen Pakt auf UNO-Ebene vorangetrieben haben.

Um Einwände gegen eine freie Migration nicht zur Geltung kommen zu lassen, verpflichten sich die den Pakt unterschreibenden Staaten, "das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Migrationspolitik und die mit Migration befassten Institutionen (zu) stärken", also Willensbildung von oben zu betreiben – notfalls auch durch Subventionssteuerung der Medien und staatlich geförderten Aufklärungskampagnen. Das ist antidemokratisch.

[Dietrich Murswiek](#), Jg. 1948, seit 1986 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Göttingen, seit 1990 Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Deutsches und Internationales Umweltrecht an der Universität Freiburg, 1995 - 1997 Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. [Prozessvertreter](#) bei Gerichtsverfahren zum Vertrag von Lissabon, zur Euro-Rettung und zur EZB. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Erst will die Regierung den Migrationspakt annehmen und gleich darauf ein Einwanderungsgesetz, das ihm widerspricht**

Die Bundesregierung will eine Woche nach Zustimmung zum UN-Migrationspakt ein Einwanderungsgesetz für Migranten von außerhalb der EU beschließen. Im Pakt verpflichtet sich Deutschland, Migranten Zugang zu Grundleistungen zu geben. Im Einwanderungsgesetz will die Regierung den Zugang von Migranten zu Sozialleistungen ausschließen. Abgelehnte Asylbewerber dürfen nach dem Gesetzesentwurf künftig zu Arbeitsmigranten werden, sind dann bei Jobverlust von der Ausweisung bedroht.

Für Norbert Häring ist das der Ansatz, mit dem skrupellose Arbeitgeber im Niedriglohnbereich oder Menschen, die Pflegekräfte oder Hausangestellte aus armen und ärmsten Ländern beschäftigen, die [Zwangslage der Immigranten ausnutzen](#) können. Laut UN-Migrationspakt ist aber sicherzustellen, dass Migranten nicht in prekäre Situationen gebracht oder diese verschärft werden.

Das auf starkes Drängen der SPD zustande kommende Einwanderungsgesetz, das ein Maximum an Freizügigkeit der Einreise erlaubt, wird also so auf Dauer keinen Bestand haben. Es ist anzunehmen, dass dann der Ausschluss der Sozialleistungen eliminiert wird, denn die Arbeitgeber müssen diese ja nicht bezahlen. Die Alternative, Pflegekräften ein Gehalt zu zahlen, das zum anständigen Leben in Deutschland reicht, hat dagegen nicht viele maßgebliche Fürsprecher, jedenfalls keine, die es ernst meinen und Einfluss haben.

Für Oskar Lafontaine [widerspricht das geplante Einwanderungsgesetz dem UN-Migrationspakt](#), da es die Triebkräfte zur Migration nicht minimiert sondern verstärkt.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Deutschland will einen "Platz an der Sonne"**

[Karin Leukefeld analysiert einen Grundsatzartikel](#) des SPD-Außenpolitik-Experten Rolf Mützenich zu Syrien und widerlegt dessen Aussagen, die fest an das Feindbild Assad gekoppelt sind, Punkt für Punkt. Leukefeld legt auch dar, was insbesondere die deutsche Regierung zu unterschiedlichen Zeitpunkten hätte anders machen können, um den Menschen in Syrien wirklich zu helfen.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael Lüders: **Über Saudi-Arabien und Kashoggi**

In der Talk-Show Markus Lanz sprach Michael Lüders (Video, 21 Minuten) [über Saudi Arabien und den Mord an Kashoggi](#).

Er schildert, dass der Kronprinz Mohammed bin Salman ein skrupelloser Herrscher ist, der keine Kritik an seinen Entscheidungen duldet. Zugleich schildert er, dass das Weiße Haus in den USA einschließlich des Schwiegersohns von Präsident Trump enge geschäftliche Beziehungen zu diesem Herrscher pflegt und deshalb kaum von den immensen Waffenlieferungen aus USA an Saudi-Arabien Abstand nehmen wird.

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour. Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael Lüders im Interview zur **Konfrontation zwischen Washington und Teheran (2 Teile)**

Treibendes [Motiv für den Krieg, den USA gegen Syrien führt](#), ist die Eindämmung des Einflusses des Iran. Man setzt weiterhin, trotz verschiedener Fehlschläge in der Vergangenheit, auf gewaltsamen Regime-Change zulasten der Bevölkerung. Es fehlen westliche Politiker, die zu Verhandlungen bereit sind.

Der US-Verbündete Saudi-Arabien nutzt seinen Reichtum, um den wahhabitischen Islam weltweit zu verbreiten. Dazu unterstützen sie in westlichen Ländern auch [Salafisten, die eine "light-Version" des Wahhabismus repräsentieren](#).

In den USA haben sich "kleine Grüppchen von Oligarchen" den Staat unter den Nagel gerissen, auch um ihre privaten Geschäfte zu machen, wie z.B. der Schwiegersohn von Präsident Trump. Das Imperium, das sich auf diese Art gegen seinen Niedergang stemmt, kann diesen dadurch aber auch beschleunigen.

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour. Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Daniel Steinvorth im Interview mit Antelak al-Mutawakel: **Der Jemen-Krieg ist keine Naturkatastrophe, er ist menschengemacht.**

Die jemenitische Menschenrechtlerin al-Mutawakel schildert in bewegenden Worten das Elend, das der Krieg im Jemen für die Menschen anrichtet. [Trotzdem wollen und können die wenigsten Jemeniten fliehen](#); sie wollen in ihrer Heimat bleiben.

Es fehlt eine angemessene weltweite Wahrnehmung dieser Tatsachen. Frau al-Mutawakel appelliert an uns alle, die Waffenlieferungen und die Luft- und Seeblockade zu beenden.

[Daniel Steinvorth](#), Jg. 1974, nach dem Studium von Politikwissenschaft, Geschichte und VWL sowie Forschungsassistentin zu EU-Sicherheitsstudien als Journalistin bei verschiedenen großen Medienhäusern mit Schwerpunkt Naher Osten tätig. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michel Chossudovsky: **Die Terrormacher**

In seinem Artikel vom 15.10.2001, eine Woche nach der US-Invasion in Afghanistan, veröffentlichte Michel Chossudovsky ein Interview mit Zbigniew Brzezinski, dem Nationalen Sicherheitsberater unter US-Präsident Carter. In dem Interview gab Brzezinski 1998 [mit entwaffnender Offenheit und unverhülltem Stolz](#) eine der größten Lügen der Amerikaner zu: Bereits bevor die Sowjetunion 1979 in Afghanistan einmarschierte, hatte die CIA mit ihrer Unterstützung von Mudschaheddin begonnen – nicht erst 1980 nach dem sowjetischen Einmarsch. Damit sollte die Wahrscheinlichkeit einer sowjetischen Intervention erhöht werden, um der UdSSR ihren Vietnamkrieg zu bereiten. Dass darüber die Sowjetunion zusammengebrochen ist, ist nach Brzezinski wichtiger, als dass man mit der Aktion den islamistischen Fundamentalismus unterstützt hat.

[Michel Evgenij Chossudovsky](#) (Jg. 1943) war tätig als kanadischer Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Ottawa und Gastprofessor an vielen akademischen Einrichtungen außerhalb Kanadas, als Berater für Regierungen sog. Entwicklungsländer und Organisationen, die sich mit der Unterstützung sog. Entwicklungsländer und mit Friedenspolitik beschäftigen. Er ist international bekannt durch seine globalisierungskritischen Publikationen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Werner Meixner: **Der Digital-Imperialismus**

Das imperialistische Machtstreben der USA trifft zusammen mit den Möglichkeiten der vernetzten digitalen Verarbeitung und Steuerung aller privaten und öffentlichen kommunikativen Prozesse in der Welt. [Die totale digitale Vernetzung](#) aller elektronischen Geräte der Bürger innerhalb und außerhalb ihrer Wohnungen, Autos, selbst des eigenen Körpers über das Internet

und der damit einhergehende Verlust der Privatsphäre in einer totalitären Staatsform würde bedeuten, dass eine winzige Minderheit jede Möglichkeit einer Demokratie de facto ausschalten könnte, um ihre uneingeschränkte Herrschaft abzusichern.

Die Bürger müssten in einem brutalen Überwachungs- und Repressionsstaat leben, in dem es kein menschenwürdiges Leben mehr gibt. Eine Diskussion über die Auswirkungen der totalen digitalen Vernetzung wäre nicht mehr möglich, es bliebe nur die Unterwerfung und damit die vollkommene Durchleuchtung und Ausbeutung von 99% der Weltbevölkerung. Um das zu verhindern, ist eine alternative Technik ohne Einflussnahme von monopolistischen Konzernen oder imperialen Staaten aufzubauen, die die Privatsphäre der Individuen und von Gemeinschaften schützt.

Es ist notwendig, gegen den exorbitanten Verstoß gegen die Menschenrechte und gegen das Völkerrecht aufzustehen, der von der weltweiten Klasse der Privilegierten und "Allerreichsten" und deren Helfershelfern verübt wird. Es ist Bürgerpflicht, für den Erhalt unserer Verfassung sowie die vollständige Wiederherstellung unserer individuellen Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit innerhalb einer geschützten Privatsphäre und eines demokratischen Gemeinwesens zu kämpfen. – Eine Warnung.

[Werner Meixner, Jg. 1947](#), studierte *Physik, Mathematik und Informatik*, gründete und leitet an der TU München den Gesprächskreis "Architektur Geschützter Individual-Kommunikation"; [wissenschaftliche und publizistische Schwerpunkte: Wissenschaftsethik](#), Gefahren der digitalen Vernetzung, sichere Privatsphäre, humane Sinnorientierung der Informatik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ruth von Doornik: **Das Mieter-Syndikat entprivatisiert das Eigenheim**

In Bayern wächst eine Bewegung, der es gelingt, woran die große Politik scheitert: [Langfristig günstigen Wohnraum zu schaffen](#). Wie das funktioniert? Im Kollektiv. Und mit Unterstützung eines ganz besonderen Unternehmens.

Das Mietshäuser-Syndikat ist ein Netzwerk mit Hauptsitz in Freiburg im Breisgau, das bundesweit Gruppen unterstützt und berät, die Wohnhäuser kaufen und selbst verwalten wollen. Das Motto des Verbunds, der seinen Ursprung im politisch linken Spektrum hat: "Häuser für diejenigen, die drin wohnen".

Das Modell boomt, sogar im Ausland. In Deutschland wurden bereits mehr als 130 Syndikatshäuser realisiert. Vier davon in Bayern: das "Ligsalz8" in München, das "Danz" in Regensburg, der "Mieter Konvent" in Altötting und jetzt gerade "Unser Haus" in Augsburg.

Im Freistaat, wo jüngst 10'000 Menschen gegen Wohnungsnot, Luxussanierungen und Immobilienspekulation in der Landeshauptstadt auf die Straße gingen, begeistern sich immer mehr Bürger für die alternative Wohnform. Nürnberg, Weiden, Rosenheim, Burghausen – überall stehen neue Initiativen in den Startlöchern, um dem Mangel an günstigem Wohnraum in und rund um die Ballungszentren entgegenzutreten.

[Inhalt](#) ↑

- Elke Schenk: **Der Brexit: Wird Großbritannien wirklich die EU verlassen?**

Die Selbstverklärung der EU wird immer dann als Maske entlarvt, wenn sie auf die Probe gestellt wird: Wenn sich Bevölkerungen in Volksabstimmungen dem von den Eliten vorgegebenen Weg widersetzen. Obwohl der Austritt aus der Union im EU-Vertrag von Lissabon 2009 verankert wurde, gilt die Aktivierung dieses Rechts aufgrund eines Wählervotums in Großbritannien als Unfall oder Unbotmäßigkeit.

Eine entscheidende Frage ist also: Wird die EU das bisherige Mitglied Großbritannien zu annehmbaren Bedingungen gehen lassen? Nein, [Brexit-Nachahmer sollen abgeschreckt werden](#).

Das Wiedererlangen der vollständigen nationalen Souveränität soll es nicht geben, weder bezogen auf den Stopp der Personenfreizügigkeit, noch auf die finanziellen Leistungen an die EU, noch auf das Recht, neue Handelsabkommen zu schließen und auch nicht auf den gerichtlichen Vorrang von britischen Gerichten über den EuGH.

Wo liegt der Unterschied zu einer Diktatur? (Red.)

[Elke Schenk](#), Sozialwissenschaftlerin und Germanistin, arbeitet am Beruflichen Gymnasium. Viele Jahre ehrenamtlich Attac-EU-Referentin mit den Schwerpunkten EU-Verträge, EU-Osterweiterung, soziales Europa, Eurokrise und Handelspolitik (TTIP). Seit 2006 in der Recherchegruppe *globalcrisis/globalchange News*, die die globalen Entwicklungen an den Finanzmärkten, internationale Krisen, Machteliten und geopolitische Entwicklungen verfolgt. (Red.).

[Inhalt](#) ↑

● Diana Johnstone: **Die Gelbwesten**

Diana Johnstone, amerikanische Journalistin, lebt seit vielen Jahren in Frankreich. Sie ist Autorin, des viel beachteten Buches "Hillary Clinton, Königin des Chaos".

Diana Johnstone gibt in ihrem Artikel einen [Überblick über die Protestbewegung der "Gilets jaunes"](#). Sie analysiert die Hintergründe und die Geschichte dieser Bewegung. Sie lässt auch Menschen direkt zu Wort kommen, die an dieser Bewegung teilnehmen. "Wir kommen nicht über die Runden. Die Lebenshaltungskosten steigen immer weiter und unser Einkommen wird immer geringer. Wir ertragen es einfach nicht mehr."

Das ist ein Grundtenor. Weitere Themen sind die Reformen im neoliberalen Mainstream: die Einschränkung der Gesundheitsvorsorge und -versorgung, die inkohärente Energiepolitik, der Mangel an Zukunftsinvestitionen (da nicht sofort profitbringend) der Abbau des Sozialstaats und: "die Regierung hat nichts verstanden".

Johnstone räumt auch auf mit der Behauptung der Regierung, die Gelbwesten seien "rechts" – ein Vorwurf, der überhaupt nicht mehr verfängt.

Sie wirft auch ein Licht auf Emmanuel Macron, "das Kunstprodukt, das der französischen Wählerschaft durch eine großangelegte Medienkampagne verkauft wurde". Er sollte "Europa retten" im Auftrag der Finanzoligarchie. Er sollte mittels der Brüsseler Direktiven den "freien Wettbewerb" und Austeritätsmaßnahmen durchsetzen. Nun platzt die Blase.

Auch "Wir müssen unser Vorhaben besser kommunizieren" verfängt nicht mehr. Die Menschen skandieren: "Macron – demission!" (Macron muss weg!)

[In über 40 Punkten ihres Manifestes](#) haben die Gelbwesten ihre Forderungen, die weit über den Protest gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise hinausgehen, niedergeschrieben.

[Diana Johnstone](#), Jg. 1934, studierte russische Regionalwissenschaft/Slawistik und promovierte in französischer Literatur, lebt als freie Journalistin für verschiedene US- und internationale Medien in Paris; Autorin mehrerer politischer Bücher zur Politik der USA und EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑